

Leitantrag JVV Nürnberg

15.11.2009



Für eine neue Wachstums-Debatte!

Wir sind sicher, dass der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag 2009 die falschen Weichen für eine nachhaltige Lebensweise gestellt hat. Dieser Vertrag zeigt deutlich: Wir brauchen eine neue Wachstums-Debatte mit Kritik aus der jungen Umweltbewegung.

Wachstum bedeutet für uns nicht zwangsläufig Wohlstand und Verzicht wiederum heißt nicht Armut!

1. Die Zukunft ist erneuerbar!

Eine zukunftsfähige, jugendgewandte und klimafreundliche Energieversorgung verzichtet auf Kohle- und Atomkraft! Das „JEIN“ zum Atomausstieg und die damit verbundene Verlängerung der AKW- Laufzeiten ohne Klärung der Endlagerfrage ist der größte politische Kurswechsel auf Bundesebene. Gegen die Mehrheit der Bevölkerung gerichtet, nützt eine energiepolitisch nicht notwendige Verlängerung der Laufzeiten von AKW nur den kommerziellen Interessen der Betreiber.

Kritisch sehen wir das verminderte Engagement beim Ausbau der Solarenergie. Kohlekraft ist mit Klimaschutzziele nicht vereinbar! Wir sprechen uns gegen die Erforschung von CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage)¹ aus. Wir zeigen uns entsetzt über die Entscheidung finanzielle Mittel aus dem Emissionshandel für dessen Erforschung zu investieren.

Wir sprechen uns vehement gegen die angestrebte Wende in der Energiewende aus und werden dies auch mit Nachdruck zeigen. Eine neue Generation in der Anti-Atom-Bewegung ist da!

2. Für verbindliche Zusagen in Kopenhagen und aktiven Klimaschutz.

Die wichtigste Klimakonferenz dieses Jahrzehnts findet im Dezember in Kopenhagen statt. Wir fordern die neue Regierung auf, sich für eine Reduktion der Treibhausgase um 40% bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 festzulegen. Die Klimakonferenz wird maßgeblich darüber entscheiden, ob eine globale Erderwärmung von über 2° Celsius verhindert werden soll. Wir erwarten konkrete finanzielle Angebote an Entwicklungsländer um sich an die katastrophalen Folgen des Klimawandels anzupassen.

Die JBN mobilisiert mit ihrem Graswurzelnetzwerk „Friends of the Earth“ für die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember (COP 15) und wird sich vor Ort für ein faires, verbindliches und gerechtes Klimaabkommen stark machen. Wir setzen auf eine Bundesregierung, die sich in Ihrem Koalitionsvertrag zum „Prinzip der Nachhaltigkeit“ bekennt und „gute Lebensbedingungen für kommende Generationen“ schaffen möchte. Damit möge die deutsche Delegation eine Vorreiterrolle einnehmen und sich ambitioniert an den Verhandlungen beteiligen.

¹ CSS = Abscheidung und anschließende Speicherung von Kohlendioxid in geologischen Strukturen.

Wir kritisieren die unbegrenzte Geschwindigkeit auf deutschen Autobahnen, die Zulassung von Gigalintern und die Subventionspolitik im Flugverkehr aufs Schärfste. Wir fordern die Abschaffung der Befreiung von der Mineralölsteuer und von der Mehrwertsteuer auf internationale Flugtickets sowie ein Tempolimit von 120 Km/h auf deutschen Autobahnen.

3. Unterstützung des Ökolandbaus statt Gentechniksubventionen!

Die JBN fordert mit vielen anderen Umweltverbänden seit Jahren eine wirksame Agrarwende. Wir fordern eine Abkehr von der Subventionswirtschaft für wenige Großbetriebe. Wir müssen weg von Giften und Überproduktion, denn wir benötigen klare Regeln für eine ökologische Landwirtschaft ohne grüne Gentechnik und Massentierhaltung.

Der Öko-Landbau wird weiterhin nicht auf die Politik, sondern nur auf die Entscheidung der Verbraucher/innen setzen können. Die Interessen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft werden wiedereinmal ausgeblendet und dabei auf wenige Großverdiener geschaut! Wir treten für eine Stärkung des Ökologischen-Landbaus und eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein!

4. Naturlandschaften statt Betonlandschaften.

Der Verlust der Artenvielfalt ist in der Bundesrepublik mittlerweile dramatisch voran geschritten. Zwischen Straßenbau und regionalem Wirtschaftswachstum besteht keine Korrelation, jedoch zwischen Straßenbau/ Flächenverbrauch und Artensterben. Mit den neuen Regelungen zum Flächenverbrauch kommt die Betonierung der letzten Rückzugsgebiete für bedrohte Arten

Kinder und Jugendliche benötigen für ihre Entwicklung stille und natubelassene Lebensräume. Straßen- und Fluglärm steht einer gesunden Entwicklung von Kindern im Wege. Schwarz-gelbe Verkehrspolitik bedeutet Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen! Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu Mobilität eingeschränkt durch Kürzungen im ÖPNV², allen voran die weiter drohende Kapitalisierung des Vermögens der DB AG an der Börse.

Die Umbenennung des Ministeriums „Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“ in „Bauen, Wohnen und Verkehr“ scheint symbolisch und bereitet uns große Sorgen.

Wir sind für eine echte Wende in der Verkehrspolitik – die Bahn gehört uns allen.

Mut macht der JBN und vielen Menschen in Bayern, dass sich jahrelanger Widerstand gegen kurzsichtige Politik lohnt. Positiv zu würdigen ist die Abkehr einer massiven Flussausbaupolitik und die Reform der Wasserstraßenverwaltung. Sie kann nur ein deutliches Nein zum Donau-Ausbau zur Folge haben.

Die Jugendorganisation BUND Naturschutz ruft die neue Regierung auf, ihrer Verantwortung für die Bevölkerung gerecht zu werden und nicht länger den kurzfristigen Interessen von wirtschaftsnahen Lobbygruppen gerecht zu werden, sondern mutig die notwendigen Veränderungen einzuleiten.

Die von der Bundesregierung angedachte Wunderheilung durch blindes Wachstum wird sich als Irrglaube erweisen. Wir setzen dagegen auf eine neue Debatte über Notwendigkeit und Folgen unendlichen Wachstumsstrebens!

² ÖPNV = Öffentlicher Personennahverkehr.